

Jusos Region Hannover  
Lea Gronenberg  
Odeonstraße 15/16  
30159 Hannover

leagronenberg@aol.com  
017670454549

# Pressemitteilung

## JUSOS kritisieren Zusammenarbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung mit antidemokratischem Ministerpräsidenten

Die Jusos Region Hannover äußern sich kritisch zur Veranstaltung der CDU-nahen Konrad-Adenauer-Stiftung mit dem ungarischen Ministerpräsidenten Viktor Orban, die am Dienstag im Martitim Hotel in der Innenstadt abgehalten wurde.

Die Jusos Region Hannover äußern sich kritisch zur Veranstaltung der CDU-nahen Konrad-Adenauer-Stiftung mit dem ungarischen Ministerpräsidenten Viktor Orban, die am Dienstag im Martitim Hotel in der Innenstadt abgehalten wurde.

„Die Bereitschaft der Konrad-Adenauer-Stiftung mit einem Politiker, der mit faschistischen Parteien kooperiert, zusammenzuarbeiten, überrascht uns leider nicht. Wenn es darum geht rechtsradikale PolitikerInnen aus ganz Europa zu unterstützen, haben weder die CDU, noch die Konrad-Adenauer-Stiftung, irgendwelche Skrupel. Bereits in der Vergangenheit hat sich gezeigt, dass CDU nicht in der Lage oder nicht willens ist, sich von rechtsradikalen BündnispartnerInnen abzugrenzen. Dies ist nur ein weiterer Beweis dafür“, so Philip Le Butt, Vorsitzender der Jusos Region Hannover.

Viktor Orban hat im letzten Jahr mit einer Verfassungsveränderung und einem neuen Mediengesetz europaweit für Aufsehen gesorgt. Die neue Verfassung ist eine Besinnung auf nationalistische und religiös-fundamentalistische Wurzeln und hat international breite Kritik erfahren. Durch das neue Mediengesetz kann die Regierung massiven Einfluss auf die Berichterstattung in den privaten Medien nehmen.

„Die Jusos treten für eine tolerante und solidarische Gesellschaft ein. Wir werden dies auch weiterhin offensiv machen. Wenn Ungarn kein Mitgliedstaat der Europäischen Union wäre, hätte es längst internationale Sanktionen erfahren“, so Lea Gronenberg, Vorsitzende der Jusos Region Hannover weiter.

Die Jusos Region Hannover arbeiten offensiv gegen rechtsradikale und faschistische Bewegungen. Bereits in der Vergangenheit haben die Jusos gegen rechtsradikale Elemente protestiert. Eine tolerante und weltoffene Gesellschaft sehen die Jusos als zentrales politisches Ziel an.